

Thüringer Landtag
7. Wahlperiode

Ausschuss für Wirtschaft, Wissenschaft
und Digitale Gesellschaft

29. Sitzung am 1. Juni 2022

Ergebnisprotokoll
(zugleich Beschlussprotokoll)
der öffentlichen Sitzung

Beginn der Sitzung:	14.01 Uhr
Unterbrechung der Sitzung:	14.10 Uhr bis 14.13 Uhr
Ende der Sitzung:	16.44 Uhr

Tagesordnung:**Beratung in öffentlicher Sitzung****1. Punkt 1 der Tagesordnung:**

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Schaffung eines Rahmens für die Festlegung von Ökodesign-Anforderungen für nachhaltige Produkte und zur Aufhebung der Richtlinie 2009/125/EG; KOM (2022) 142 endg.

Unterrichtung durch die Landesregierung nach Art. 67

Abs. 4 LV i. V. m. § 54 b GO

– Vorlage 7/3696 –

dazu: – Vorlagen 7/3756/3806/3818/3821/3831 –

(Beratung gemäß § 78 Abs. 3 a Satz 1 Nr. 3 GO)

2. Punkt 2 der Tagesordnung:

Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinie 2010/75/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. November 2010 über Industrieemissionen (integrierte Vermeidung und Verminderung der Umweltverschmutzung) und der Richtlinie 1999/31/EG des Rates vom 26. April 1999 über Abfalldeponien; KOM (2022) 156 endg.

Unterrichtung durch die Landesregierung nach Art. 67

Abs. 4 LV i. V. m. § 54 b GO

– Vorlage 7/3741 –

dazu: – Vorlagen 7/3757/3779/3795/3805/3819/3820/3831/3832 –

– Tischvorlage: Stellungnahme der Fraktion der CDU (vgl. zwischenzeitlich Vorlage 7/3843)

(Beratung gemäß § 78 Abs. 3 a Satz 1 Nr. 3 GO)

Ergebnis:

abgeschlossen

S. 4

Vorlage beraten und zur Kenntnis genommen (vgl. zwischenzeitlich Vorlage 7/3836).

S. 4

abgeschlossen

S. 4 – 6

Die Stellungnahme der Fraktion der CDU (Tischvorlage, vgl. zwischenzeitlich Vorlage 7/3843) wurde bei Streichung des Satzes „Insbesondere die verstärkte Einbeziehung von Nichtregierungsorganisationen in Entscheidungsprozessen über Genehmigungen geht weit über das anvisierte Ziel hinaus.“ als Beschlussempfehlung angenommen.

S. 5

Der Ausschuss hat die Vorlage beraten und mit seiner Beschlussempfehlung dazu Stellung genommen (vgl. zwischenzeitlich Vorlage 7/3873).

S. 6

Sitzungsteilnehmer/-innen**Abgeordnete:**

Laudenbach	AfD, Vorsitzender
Korschewsky	DIE LINKE
Schaft	DIE LINKE
Mitteldorf	DIE LINKE*
Weltzien	DIE LINKE
Bühl	CDU
Henkel	CDU
Tischner	CDU
Aust	AfD
Thrum	AfD
Lehmann	SPD
Müller	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Kemmerich	Gruppe der FDP

* in Vertretung

Regierungsvertreter/-innen:

Tiefensee	Minister für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitale Gesellschaft
Dr. Böhler	Staatssekretärin im Ministerium für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitale Gesellschaft
Eggers	Staatskanzlei

Mitarbeiter/-innen bei Fraktion/Gruppe:

Wischmeyer	Fraktion DIE LINKE
Spiegel	Fraktion der CDU
Claus	Fraktion der AfD
Gorff	Fraktion der SPD
Richter	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Merdon	Gruppe der FDP

Landtagsverwaltung:

Dr. Eglinski	Juristischer Dienst, Ausschussdienst
Protokollantin	Plenar- und Ausschussprotokollierung

Beratung in öffentlicher Sitzung

1. Punkt 1 der Tagesordnung:

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Schaffung eines Rahmens für die Festlegung von Ökodesign-Anforderungen für nachhaltige Produkte und zur Aufhebung der Richtlinie 2009/125/EG; KOM (2022) 142 endg.

Unterrichtung durch die Landesregierung nach Art. 67 Abs. 4 LV i. V. m. § 54 b GO

– Vorlage 7/3696 –

dazu: – Vorlagen 7/3756/3806/3818/3821/3831 –

Der Ausschuss hat die Vorlage gemäß § 78 Abs. 3a Satz 1 Nr. 3 GO in öffentlicher Sitzung beraten und zur Kenntnis genommen (vgl. zwischenzeitlich Vorlage 7/3836).

Der Tagesordnungspunkt wurde abgeschlossen.

2. Punkt 2 der Tagesordnung:

Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Richtlinie 2010/75/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 24. November 2010 über Industrieemissionen (integrierte Vermeidung und Verminderung der Umweltverschmutzung) und der Richtlinie 1999/31/EG des Rates vom 26. April 1999 über Abfalldeponien; KOM (2022) 156 endg.

Unterrichtung durch die Landesregierung nach Art. 67 Abs. 4 LV i. V. m. § 54 b GO

– Vorlage 7/3741 –

dazu: – Vorlagen 7/3757/3779/3795/3805/3819/3820/3831/3832 –

– Tischvorlage: Stellungnahme der Fraktion der CDU (vgl. zwischenzeitlich Vorlage 7/3843)

Minister Tiefensee äußerte, in Anbetracht der signalisierten Bedenken hinsichtlich der Verhältnismäßigkeit des Richtlinienentwurfs könne er dem Ausschuss folgenden Formulierungsvorschlag für eine Beschlussempfehlung unterbreiten: „Der Ausschuss sieht Bedenken zur Verhältnismäßigkeit des Richtlinienentwurfs, da die damit verbundenen Vorschläge geeignet sein können, insbesondere Genehmigungsverfahren inmitten der Transformation der Industrie unnötig zu verzögern und neue Bürokratie zu erzeugen.“

Abg. Aust wies auf den Vorschlag für eine Beschlussempfehlung hin, den die Fraktion der AfD bereits dem Ausschuss für Umwelt, Energie und Naturschutz in Vorlage 7/3819 vorgelegt habe. Dem schlossen sich die Mitglieder seiner Fraktion im Wirtschaftsausschuss an.

Abg. Henkel stellte die Stellungnahme der Fraktion der CDU (Tischvorlage, vgl. zwischenzeitlich Vorlage 7/3843) zur Diskussion. Wichtig sei, auf die Betroffenheit der Thüringer Chemieindustrie und des Abbaus von Gips und Kies hinzuweisen. Probleme für weitere Genehmigungsverfahren, wie von der Landesregierung erwähnt, sehe man auch. Kritisch sehe man ferner die verstärkte Einbeziehung von Nichtregierungsorganisationen in Entscheidungsprozesse über Genehmigungen, wodurch mit weiteren Verzögerungen zu rechnen sei.

Abg. Lehmann regte an, sich dem Formulierungsvorschlag des Ministeriums anzuschließen, in dem der Verweis auf die Verhältnismäßigkeit etwas kompakter gefasst sei als in der Stellungnahme der Fraktion der CDU.

Abg. Kemmerich bemerkte, die Stellungnahme der Fraktion der CDU könne man auch ausführlicher nennen, in einigen Punkten sei sie konkreter, inhaltlich sei ihr nicht zu widersprechen, und die Betroffenen sollte man durchaus erwähnen. Die Gruppe der FDP schließe sich dem Vorschlag der Fraktion der CDU an.

Abg. Korschewsky meinte, der Satz aus der Stellungnahme der Fraktion der CDU: „Eine besondere Thüringer Betroffenheit droht auch bei den neuen Regeln für die Chemieindustrie, sowie beim Abbau von Gips und Kies.“ – wäre als Ergänzung zum Formulierungsvorschlag des Ministeriums vorstellbar. Problematisch sei der vorausgehende, mit dem Wort „Insbesondere“ beginnende Satz; insbesondere“ suggeriere immer auch das Vorhandensein Weiterer. So würde man der Tischvorlage nicht zustimmen.

Abg. Lehmann bat um eine kurze Beratungspause.

Abg. Henkel beantragte nach Wiederaufnahme der Beratung Abstimmung über die Stellungnahme seiner Fraktion, die man in ihren Formulierungen für sehr treffend halte, die man jedoch um den von Abg. Korschewsky beanstandeten Satz zu kürzen bereit sei.

Die Stellungnahme der Fraktion der CDU (Tischvorlage, vgl. zwischenzeitlich Vorlage 7/3843) wurde bei Streichung des Satzes „Insbesondere die verstärkte Einbeziehung von Nichtregierungsorganisationen in Entscheidungsprozessen über Genehmigungen geht weit über das anvisierte Ziel hinaus.“ einstimmig als Beschlussempfehlung angenommen.

Der Ausschuss hat die Vorlage gemäß § 78 Abs. 3a Satz 1 Nr. 3 GO in öffentlicher Sitzung beraten und mit einer Beschlussempfehlung, in der Bedenken hinsichtlich der Einhaltung des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes erhoben werden, dazu Stellung genommen (vgl. zwischenzeitlich Vorlage 7/3873).

Der Tagesordnungspunkt wurde abgeschlossen.

Protokollantin